

## **Fraktion der NEOS; Fraktion der GRÜNEN; Fraktion der SPÖ**

An das

Bezirksamt Hietzing

z.Hd. Herr Bezirksvorsteher Friedrich Nikolaus Ebert

### **Antrag betreffend Ersatzpflanzungen für Rodungen bei Verbindungsbahn**

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Hietzing stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 7. August 2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

#### **Antrag**

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, gemeinsam mit dem Bezirksvorsteher Niki Ebert sicherzustellen, dass im Rahmen des Projekts "Attraktivierung der Verbindungsbahn" das Wiener Baumschutzgesetz eingehalten wird und es zu entsprechenden Nachpflanzungen in Hietzing kommt, wobei besonders die vom Bezirk, und mit der MA 28 schon vorakkordierte und am 31.7.2024 an die ÖBB und die Magistratsdirektion Bauten und Technik übermittelte Standortliste für neue Baumpflanzungen umgesetzt werden soll und nicht wie zuletzt kolportiert in den Privatgärten entlang der Verbindungsbahn.

#### **Begründung:**

Im Rahmen des Projekts "Attraktivierung der Verbindungsbahn" sollen lt. UVP Einreichunterlagen 925 Bäume gerodet, aber nur 430 neue Bäume auf den Projektflächen gepflanzt werden, einige davon sogar nur Obstbäume.

Entsprechend dem Wiener Baumschutzgesetz ist jeder Grundeigentümer verpflichtet den auf seinem Grundstück stockenden Baumbestand zu erhalten. Ob dies auch für die Bahntrasse der ÖBB zutrifft, mag noch Gegenstand des Beschwerdeverfahrens zum UVP-Bescheid des ggst. Projekts am BVwG sein; für die Flächen außerhalb der Bahntrasse - also Verkehrswege, Zufahrtsstraßen, Bereiche für Baustelleneinrichtung, etc. - sei die Stadt jedoch angehalten, die Einhaltung des Baumschutzgesetzes zu forcieren und Ersatzpflanzungen in Hietzing zu fordern.

Diesen Umstand antizipierend haben die ÖBB bereits 2022 dem Bezirk ein Angebot auf Pflanzung von 500 weiteren Bäumen in Hietzing gemacht. Hierfür wurden gemeinsam mit der MA 28 zahlreiche neue Baumstandorte auf deren Umsetzbarkeit - Stichwort Einbautensituation - überprüft.

Später wurde das Angebot auf lediglich € 500.000.- reduziert und auch dieses nun - aufgrund von fehlender Rückmeldung seitens des Bezirks - zurückgezogen (dieser Umstand ist den Mitgliedern des Umweltausschusses nicht bekannt, es wurde aber

von den ÖBB so an Teilnehmer:innen des Beschwerdeverfahrens am BVwG kommuniziert).

Wir ersuchen somit die zuständigen Stellen der Stadt Wien, eine ordnungsgemäße Umsetzung der Nachpflanzungsverpflichtung unter Berücksichtigung der seit 31.7.2024 übermittelten Baumliste auf Kosten der Projektwerberin ÖBB zu erwirken.

Wien, am 7.8.2024